



Foto: TV-yesterday/fotofinder

ARBEITSWELT IM WANDEL

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de



Foto: mauritius images/Maskot

1. DEN WANDEL GESTALTEN: GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Unsere Arbeitswelt ist im Wandel. Globalisierung und Digitalisierung sorgen für grundlegende Veränderungen. Neben das „normale“ Arbeitsverhältnis treten neue Arbeitsformen. Cloud- oder Crowdfunding zeigen beispielhaft Chancen und Risiken der neuen Arbeitswelt: Sie ist vernetzter, mobiler, aber oft auch unsicherer.

Zugleich verändern sich die Erwartungen der Menschen. Der Einklang von Arbeit, Familie und Freizeit für mehr Lebensqualität ist ihnen zunehmend wichtig. Frauen bestehen zurecht auf gleicher Bezahlung. Selbstständige brauchen Freiheit und Sicherheit zugleich.

Zahlreiche Menschen müssen aber auch mit niedrigen Löhnen und belastenden Arbeitsbedingungen zurechtkommen. Manche finden nur mit Mühe einen Job. Ein sicherer Arbeitsplatz mit auskömmlichem Lohn ist für sie oft unerreichbar.

Wir Grüne im Bundestag wollen den Wandel der Arbeitswelt gestalten. Unser Maßstab ist gute Arbeit für alle. Wir setzen die notwendigen sozialen Leitplanken und schaffen die Voraussetzungen für faire, nachhaltige und gesunde Arbeitsplätze.

2. FÜR FAIRE LÖHNE UND HONORARE

Faire Einkommen gehören elementar zu einer gerechten Gesellschaft. Um sie sicherzustellen, braucht es klare Regeln.

Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein, für den wir lange gekämpft haben. Doch ist er vergleichsweise niedrig und es gibt immer noch Möglichkeiten, ihn zu umgehen. Langzeitarbeitslose und Jugendliche etwa können davon ausgeschlossen werden. Wir finden, dass der Mindestlohn ohne Ausnahme gelten und besser kontrolliert werden muss. Außerdem wollen wir prüfen, inwieweit das Modell auf Selbstständige übertragbar ist, zum Beispiel durch ein Mindesthonorar für Dienstleistungen auf Stundenbasis. Weiterhin brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zulasten der Beschäftigten geht. Es muss deshalb einfacher werden, Tarifverträge als allgemeinverbindlich zu erklären.

Leiharbeit ist nicht per se schlecht, sie kann dabei helfen, Auftragsspitzen abzufedern. Doch sie darf nicht dazu missbraucht werden, geltende Tarifverträge zu umgehen und Lohnkosten einzusparen. Deshalb fordern wir für Leiharbeitskräfte ab dem ersten Tag die gleiche Bezahlung wie für die Stammebelegschaft,



Illu: Motive von mauritius images

plus eine Flexibilitätsprämie. Eine bürokratische Höchstüberlassungsdauer erübrigt sich damit, da Leiharbeit dann wirklich nur vorübergehend genutzt würde. Gleichzeitig muss Leiharbeit klar von echten Werk- oder Dienstverträgen abgegrenzt werden. Scheinselbstständigkeit gilt es mit rechtssicheren Kriterien zu unterbinden.

Gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden. Deshalb akzeptieren wir auch nicht, dass Frauen oft so viel schlechter bezahlt werden als Männer. Echte Verbesserungen kann hier nur ein Gesetz bringen, das die vielfältigen Ursachen angeht und die Unternehmen, die Tarifpartner sowie den Staat in die Pflicht nimmt.

3. FÜR SICHERE UND GESUNDE BESCHÄFTIGUNG



Foto: mauritius images/imageBROKER/G. Stelzner

Gute Arbeit zeichnet sich durch sichere und zukunftsfähige Beschäftigung aus. Doch nicht nur befristete Beschäftigte haben hier das Nachsehen. Minijobs und Arbeit auf Abruf sind kaum berechenbar und vor allem für Frauen ein Problem. Zahlreiche Solo-Selbstständige hangeln sich ohne Sicherungsnetz von Auftrag zu Auftrag. Das wollen wir ändern.

Viele Betriebe umgehen mit befristeten Jobs den Kündigungsschutz und übertragen ihr Risiko auf die Beschäftigten. Wir wollen daher insbesondere die Befristung ohne sachlichen Grund abschaffen. Minijobs dürfen keine berufliche Sackgasse sein, deshalb wollen wir sie in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln und so reformieren, dass die Belastung mit Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigt. Die Aufnahme von sozialversicherungspflichtiger Arbeit muss attraktiver werden. Arbeit auf Abruf wollen wir verlässlicher und fairer gestalten. Die Sozialversicherungen müssen künftig alle Erwerbstätigen gut absichern – egal, ob sie abhängig beschäftigt oder selbstständig sind.

Arbeit sicher und gesund zu gestalten, heißt auch psychische Belastungen und Mobbing ernster zu nehmen. Die Arbeitsbedingungen sollen den heute älteren Beschäftigten gerecht werden und Jüngere dabei unterstützen, gesund bis zum Renteneintritt arbeiten zu können.

4. FÜR BEWEGLICHERE ARBEITSZEITEN

Viele Beschäftigte möchten Erwerbsarbeit und Privatleben besser unter einen Hut bekommen. Das erfordert eine neue Arbeitszeitkultur, mehr Zeitsouveränität und flexiblere Arbeitszeitmodelle.

Ist das Verhältnis gut ausbalanciert, profitieren Beschäftigte und Betriebe gleichermaßen davon. Durch eine Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Wochenstunden wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor umgestalten. Beschäftigte sollen mitentscheiden können, von wann bis wann und wieviel sie arbeiten oder ob und wann sich für sie Homeoffice anbietet. Wenn Arbeit besser ins Leben passt, ist man produktiver, weniger gestresst und engagierter. Viele Frauen könnten endlich ihren prekären Minijob gegen eine Teil- oder Vollzeitstelle tauschen.

Zeitsouveränität darf nicht dazu führen, dass unbezahlte Mehrarbeit entsteht und die Grenzen von Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Deshalb gehören ein zeitgemäßer Arbeitsschutz und eine wirksame betriebliche Mitbestimmung unbedingt dazu.



Foto: Corbis



Foto: U.Voigt/direktfoto/fotofinder

5. FÜR STARKE SOZIAL- PARTNERSCHAFT UND MITBESTIMMUNG

Für einen erfolgreichen Arbeitsmarkt sind ein funktionierendes Tarifvertragssystem und wirkungsvolle Mitbestimmung entscheidend. Sie ermöglichen passgenaue Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie zwischen Management und Beschäftigten. Nicht zuletzt hat uns in der Finanzkrise die Sozialpartnerschaft große Entlassungswellen oder Unternehmenspleiten erspart. Doch dieses System des Interessenausgleichs steht unter Druck. Unternehmen fliehen aus Arbeitgeberverbänden und die Gewerkschaften haben im letzten Jahrzehnt Mitglieder verloren. Immer weniger Unternehmen wenden noch Tarifverträge an.

Wir wollen Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung zukunftsfest machen, Lücken in der Unternehmensmitbestimmung schließen und die Gründung von Betriebsräten vereinfachen. Unternehmensverlagerungen oder -aufspaltungen, um Mitbestimmung zu umgehen, sind nicht akzeptabel. Ein richtiger Schritt ist die Europäisierung der Mitbestimmungsstrukturen, zum Beispiel durch europäische Betriebsräte.

6. FÜR BERUFLICHE BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

Unser Ziel ist es, alle Menschen in die Zukunft der Arbeit mitzunehmen. Die berufliche Aus- und Weiterbildung muss deshalb ins Zentrum moderner Arbeitsmarktpolitik rücken.

Jungen Menschen wollen wir eine Ausbildungsgarantie geben, statt sie von Maßnahme zu Maßnahme zu schieben. Wer keine Lehrstelle findet, bekommt ein Angebot für eine überbetriebliche Ausbildung, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Mit der Digitalisierung steigt der Bedarf an Fachkräften. Regelmäßige Weiterbildung wird immer wichtiger. Derzeit bleiben besonders Ältere, Migrantinnen und gering Qualifizierte bei der beruflichen Weiterbildung oft außen vor. Diese Menschen wollen wir dabei gezielt unterstützen.

„Chancen gestalten statt Arbeitslosigkeit verwalten“ muss zur Devise von Jobcentern und Arbeitsagenturen werden. Neben die Unterstützung der Arbeitslosen müssen mehr Qualifizierungsangebote für Erwerbstätige treten. Zentral ist eine umfassende Weiterbildungsberatung.

7. EIN ARBEITSMARKT FÜR ALLE

Viele Unternehmen suchen verzweifelt nach Fachkräften. Trotzdem bleiben einige Menschen chancenlos auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit Jahren anhaltend hoch. Besonders ältere, gering qualifizierte, behinderte oder geflüchtete Menschen haben es schwer, eine Stelle zu finden. Die Gründe sind vielfältig. Trotzdem wollen wir niemanden aufgeben.

Immer neue Sonderprogramme aufzulegen, löst die Probleme jedoch nicht. Vielmehr müssen Jobcenter und Agenturen besser ausgestattet werden, damit sie Arbeitslose optimal betreuen können. Um Arbeitslosigkeit nachhaltig zu beenden, gilt es, individuelle Strategien zu entwickeln. Qualifizierungen und Sprachförderung sowie Eingliederungs- und Gründungszuschüsse helfen dabei.

Menschen, die absehbar keine Chance in der freien Wirtschaft haben, soll ein sozialer Arbeitsmarkt Perspektiven und Teilhabe eröffnen. Schrittweise, individuell, verlässlich und auf freiwilliger Basis können sie so wieder Zugang zum Arbeitsmarkt finden.



Menschen, die sonst kaum Chancen auf Beschäftigung haben, soll ein sozialer Arbeitsmarkt Perspektiven und Teilhabe eröffnen.

Die Firma Forever Clean in Berlin gewinnt den Inklusionspreis. Foto: laif

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Beate Müller-Gemmeke MdB, Sprecherin für Arbeitnehmer-
Innenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Arbeitskreis 1: Wirtschaft, Finanzen und Soziales

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

» gruene-bundestag.de » Themen » Arbeit

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

19/1719 Betriebsratswahlen erleichtern (Antrag)

19/1192 Entgeltdiskriminierung verhindern –
Verbandsklagerecht einführen (Antrag)

19/975 Mindestlohn erhöhen und für alle
konsequent durchsetzen (Antrag)

19/591 Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose
durch einen Sozialen Arbeitsmarkt (Antrag)

18/8241 Mehr Zeitsouveränität damit Arbeit gut ins
Leben passt (Antrag)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: 2. aktualisierte Auflage Mai 2018,

Schutzgebühr: 0,05 €

